



Der Vorsitzende des  
Ausschusses für Planung, Bau und Verkehr  
der Stadtverordnetenversammlung  
Amt der Stadtverordnetenversammlung  
E-mail: stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de  
Rathaus-Schloßplatz 6-65183 Wiesbaden  
Telefon (0611) 31-4554  
Telefax (0611) 31-3902  
Sachbearbeiter: Herr Weinert

Wiesbaden, 24.01.2013

1. Den Mitgliedern des  
Ausschusses für Planung, Bau und Verkehr
2. Den Fraktionen
3. Dem Magistrat
4. Nachrichtlich  
Herrn Stadtverordnetenvorsteher

## Einladung

zur öffentlichen Sitzung  
des Ausschusses für Planung, Bau und Verkehr  
am Dienstag, 29. Januar 2013, um 17:30 Uhr,  
Rathaus, Raum 22 (EG), Schloßplatz 6, Wiesbaden

- Vor Eintritt in die Tagesordnung findet eine Bürgerfragestunde statt -

## Tagesordnung I

1. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung am 13.11.2012
2. 13-F-33-0002

Entschärfung Konrad-Zuse-Str./Hessenring/Daimlerring  
- Antrag der Fraktionen von CDU und SPD vom 21.1.2013 -

Im Kreuzungsbereich der Nordenstadter Konrad-Zuse-Straße, Daimlerring und Hessenring kommt es immer wieder zu schweren Verkehrsunfällen.

Als Sofortmaßnahme wurden am 14. August Stoppschilder im Hessenring und Daimlerring aufgestellt sowie dickere Haltelinien aufgetragen. Auch für die Fußgänger ist die Kreuzung teilweise sehr gefährlich. Es ist daher notwendig, diesen Unfallpunkt schnellstmöglich für alle Verkehrsteilnehmer zu entschärfen.

*Der Ausschuss möge daher beschließen:*

Der Magistrat wird gebeten,

bis zur Realisierungsmöglichkeit eines Kreisels kurzfristig eine Ampelanlage, alternativ eine provisorische Ampelanlage zu errichten. Die erforderlichen Mittel können zum Beispiel aus den Haushaltstiteln Lichtsignalanlagen oder Unfallpunkt-Beseitigungsprogramm u.w. bereitgestellt werden.

### **3. 13-F-03-0006**

Ausnahmeregelungen Umweltzone

- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 14.1.2013 -

Der Lokalpresse vom Januar 2013 war zu entnehmen, dass die Stadt Wiesbaden Ausnahmeregelungen im Rahmen der Einführung der Umweltzone gewährt, die von den mit Mainz und Frankfurt einheitlich vereinbarten Regelungen abweichen.

Der Ausschuss möge beschließen,

der Magistrat wird gebeten zu berichten:

1. Wie genau lauten die zusätzlich vereinbarten Ausnahmeregelungen?
2. Warum ist die Beschlussfassung zur Erweiterung der Ausnahmeregelungen nicht im Ausschuss für Planung, Bau und Verkehr bzw. im Ausschuss für Umwelt, Energie und Sauberkeit erfolgt?
3. Entsprechen die Zeitungsmeldungen der Wahrheit, dass einzelne Stadtverordnete in die Verhandlungen zwischen dem Magistrat und den zuständigen Landesbehörden einbezogen sind oder diese sogar federführend betrieben haben?
4. Ist die Stadt Mainz über die Erweiterung der Wiesbadener Ausnahmeregelungen im Vorfeld informiert worden?
5. Wie ist, bzw. war, die Reaktion der Stadt Mainz auf die erweiterten Wiesbadener Ausnahmeregelungen?
6. Ist es der Ansicht, dass noch eine Balance zwischen wirtschaftlichen Interessen und der Wirksamkeit der Maßnahme besteht?

### **4. 13-F-08-0013**

Sachstandsbericht Bauleitplanung „LindeQuartier“  
- Antrag der Fraktion LINKE&PIRATEN vom 22.1.2013 -

Am 28. August 2008 erfolgten für einen Bebauungsplan „LindeQuartier“ im Ortsbezirk Mainz-Kostheim der Aufstellungsbeschluss nach § 2 (1) BauGB und für eine Flächennutzungsplanänderung für diesen Bereich der Änderungsbeschluss nach § 2 (1) i. V. m. § 1 (8) BauGB sowie der Entwurfsbeschluss. Die öffentliche Auslegung der Pläne nach § 3 (2) BauGB erfolgte vom 9. September bis zum 9. Oktober 2008. Weitere Verfahrensschritte sind (siehe Internetauftritt der Landeshauptstadt Wiesbaden) nicht ersichtlich.

Der Geltungsbereich der Planungen umfasst über 105.000 m<sup>2</sup>. Angesichts der vorhandenen und wachsenden Nachfrage auf dem Wiesbadener Wohnungsmarkt ist die Konversion von ehemals industriell oder militärisch genutzten Flächen, hier: ehem. Kühlgeräte-Produktion, dringend erforderlich.

Auf einen Antrag der Fraktion LINKE&PIRATEN hin wurde in der Sitzung des Ausschusses für Planung, Bau und Verkehr am 12 Juni 2012 vom Stadtplanungsamt für den Magistrat erklärt, man werde in der Ausschusssitzung nach den Sommerferien (2012) umfangreiche Details zu den Planungen für die Bebauung des „LindeQuartiers“ dem Ausschuss vorstellen. Aufgrund dieser Ankündigung wurde der Antrag der Fraktion LINKE&PIRATEN zu diesem Thema als „erledigt“ betrachtet. Die Vorstellung der Planungen ist aber bis heute nicht erfolgt.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat möge - wie bereits vor über 7 Monaten angekündigt - detailliert über den Sachstand der Bauleitplanung zum „LindeQuartier“ und darüber berichten, welche konkreten Maßnahmen in den letzten 4 Jahren erfolgten, um den Planungsbereich der vorgesehenen Nutzung zuzuführen.

5. 12-F-03-0154 ANLAGE

Aufarbeitung der Tempo 30 Online-Umfrage  
- *Beschluss des Ausschusses für Planung, Bau und Verkehr vom 13.11.2012* -

6. 12-V-80-2322 DL 44/12-11, ANLAGE

Ortsteilzentrum Hessenring  
- *Beschluss des Ausschusses für Planung, Bau und Verkehr vom 11.12.2012* -

7. 12-F-03-0151 ANLAGE

Einführung einer Mobilitätskarte  
- *Beschluss des Ausschusses für Planung, Bau und Verkehr vom 13.11.2012* -

8. 12-F-33-0047 ANLAGE

Soziale Bodennutzung nach dem Münchner Modell  
- *Beschluss des Ausschusses für Planung, Bau und Verkehr vom 2.5.2012* -

**9. 13-F-03-0007**

Deutliche Markierung aller Wiesbadener Fahrradwege  
- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 14.1.2013 -

Das Wiesbadener Jugendparlament hat in den letzten Monaten mehrfach Jugendliche befragt. Eines der am häufigsten genannten Themen war der Zustand der Wiesbadener Fahrradwege.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

1. da das Fahrrad für Jugendliche ein wichtiges Verkehrsmittel ist, dem Vorschlag des Wiesbadener Jugendparlaments (Beschluss vom 19.01.2013) zu entsprechen und eine deutliche Kenntlichmachung von Fahrradwegen, z.B. mit dem Aufbringen roter Farbe, nachzukommen, um die Aufmerksamkeit von Autofahrern stärker auf Fahrradfahrerinnen und -fahrer zu ziehen und einem Zuparken der Wege entgegenzuwirken.
2. zu berichten, welche Maßnahmen der Beschluss Nr. 138 des Ausschusses vom 23.08.2011 bislang zur Folge hatte.

**10. 13-F-03-0008**

Radverkehrsforum  
- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 14.1.2013 -

Am 16. Oktober 2012 fand das erste Radverkehrsforum auf einen Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom Mai statt. Das Protokoll wurde am 13. Dezember vom Dezernat verschickt, darin angekündigt wurde ein neuer Termin bis Ende Februar 2013.

Der Ausschuss möge beschließen,

der Magistrat wird gebeten,

1. das Protokoll des Radverkehrsforums allen Ausschussmitgliedern zur Verfügung zu stellen;
2. den Termin des nächsten Radverkehrsforums zu benennen;
3. zu berichten, ob bereits Anregungen aus dem ersten Radverkehrsforum umgesetzt wurden, z.B. ob eine Ausschreibung an Verkehrsbüros zur Entwicklung eines Radverkehrsplans erfolgt ist.

**11. 13-F-03-0009**

Bahnverbindung Mainz - Wiesbaden

- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 14.1.2013 -

Die Bahnverbindung zwischen Mainz (MZ) und Wiesbaden (WI) hat sich seit Dezember 2012 verschlechtert. Beispielsweise ist der Bahnverkehr durch Bauarbeiten auf einer Zubringerstrecke nach Mainz derzeit eingeschränkt. In der Stoßzeit zwischen 7:27 Uhr und 7:57 Uhr ist dadurch eine Zugverbindung weggefallen. Außerdem sind alle Züge, die nachmittags um x:40 Uhr ab MZ-Süd nach WI fahren, weggefallen. Auch der Zug, der morgens um 8:06 Uhr vom Hbf. WI nach MZ fuhr, fährt nicht mehr.

Dies ist für die zahlreichen Berufs- und Ausbildungspendler eine zeitraubende Beeinträchtigung.

Der Ausschuss möge beschließen,

der Magistrat wird gebeten,

in einem Gespräch mit dem Rhein-Main-Verkehrsverbund (RMV) bzw. dem Rhein Nahe Nahverkehrsverbund (RNN) auf Verbesserungen hinzuwirken, z.B. dass zwischen 7:27 Uhr und 7:57 Uhr ein Verdichtungszug zwischen Mainz und Wiesbaden eingesetzt wird und andere seit Dezember ausgefallene Züge wieder eingesetzt werden.

## 12. 13-F-08-0016

Nutzung des ehemaligen Gerichtsareals - Alternativplanungen

- Antrag der Fraktion LINKE&PIRATEN vom 23.1.2013 -

Nach Auszug der Gerichte aus dem Areal an der Gerichtsstraße/Moritzstraße/Albrechtstraße/Oranienstraße ist ein dringender Bedarf nach Neugestaltung dieses Viertels entstanden. Die mit der Ansiedlung der EBS verfolgten Pläne haben sich als untauglich erwiesen. Nachdem die von Oberbürgermeister Dr. Helmut Müller genannte Frist 31. Dezember 2012 verstrichen ist, ohne dass seitens der EBS ein Bauantrag eingereicht wurde, ist nun der Zeitpunkt gekommen zügig eine Alternativplanung zu verwirklichen.

Der Ausschuss möge deshalb beschließen:

Zur Vorbereitung neuer Planungen möge der Magistrat darlegen, welche Umgestaltungsmaßnahmen und finanzielle Mittel erforderlich wären zur Verwirklichung von alternativen Nutzungen des ehemaligen Gerichtsareals,

z. B. für ein Stadtmuseum, möglicherweise in Kombination mit dem Stadtarchiv,

z. B. für die Nutzung für schulische oder universitäre Zwecke (Fachhochschule Rhein-Main) und/oder eine Kindertagesstätte,

z. B. für die Nutzung durch städtische Ämter oder Landesbehörden,

möglicherweise in Kombination mit einer teilweisen Nutzung zur Wohnbebauung.

## 13. 12-V-61-0046

DL 02/13-6

Änderung des Flächennutzungsplanes im Planbereich "Kureck - Cansteinsberg" im Ortsbezirk Nordost - Feststellungsbeschluss

14. 12-V-61-0048

DL 03/13-4

Verlängerung der Geltungsdauer der Veränderungssperre im Geltungsbereich des Bebauungsplanentwurfes "Sportanlage Amöneburg" im Ortsbezirk Mainz-Amöneburg - Satzungsbeschluss -

15. Verschiedenes

## Tagesordnung II

1. 12-F-03-0095

ANLAGE

Kfz-Schein als Fahrkarte - Aktion zum "Verkehrswendefest"  
- *Bericht des Dezernates IV vom 23.10.2012* -

2. 12-F-33-0008

ANLAGE

Effektive Bewirtschaftung des Parkplatzes an der Balthasar-Neumann-Straße  
- *Bericht des Dezernates VII vom 21.12.2012* -

3. 12-F-33-0103

ANLAGE

Durchfahrtsverbot für LKW  
- *Bericht des Dezernates VII vom 10.12.2012* -

4. 12-V-01-0023

DL 01/13-1 NÖ

Verhandlungsergebnis WIM Liegenschaftsfonds GmbH & Co.KG und Landeshauptstadt Wiesbaden zur Auflösung Mietverhältnis Medienzentrum Wilhelmstraße 36

5. 12-V-10-0049

DL 03/13-1

Bürgerhaus Erbenheim; Sanierung 3. Bauabschnitt

6. 12-V-20-0070

DL 02/13-1 NÖ

Bürgschaft Nr. 591 - Übernahme einer modifizierten Ausfallbürgschaft zugunsten der ESWE Verkehrsgesellschaft mbH

- |            |  |                   |
|------------|--|-------------------|
| <b>7.</b>  | <b>12-V-36-0029</b>  | <b>DL 04/13-1</b> |
|            | Hochwasserschutz Ortskern Sonnenberg 2. Bauabschnitt, HWL und Umgestaltung Hofgartenplatz; Bauausführung                   |                   |
| <b>8.</b>  | <b>12-V-36-0030</b>  | <b>DL 01/13-4</b> |
|            | Zusätzliche Schallschutzwände A 643  |                   |
| <b>9.</b>  | <b>12-V-40-0026</b>  | <b>DL 02/13-3</b> |
|            | August-Hermann-Franke-Schule - Ausführungsvorlage Turnhalle  |                   |
| <b>10.</b> | <b>12-V-41-0032</b>  | <b>DL 03/13-2</b> |
|            | Sanierung Wasserturm Schlachthof; Nachweis zusätzlicher Stellplätze  |                   |
| <b>11.</b> | <b>13-V-61-0013</b>  | <b>DL 04/13-2</b> |
|            | Mittel für das Stadtentwicklungskonzept, den Flächennutzungsplan und den Verkehrsentwicklungsplan Wiesbaden 2030           |                   |
| <b>12.</b> | <b>12-V-63-0017</b>  | <b>DL 03/13-5</b> |
|            | Nutzungsänderung mit geringfügigem Umbau der Gebäude Luisenstraße 23, Vorder- und Hinterhaus ab dem 1.OG zu einem Wohnhaus |                   |
| <b>13.</b> | <b>12-V-66-0216</b>  | <b>DL 02/13-7</b> |
|            | Am Hang - Einrichtung einer Tempo-30-Zone  |                   |
| <b>14.</b> | <b>12-V-66-0221</b>  | <b>DL 48/12-5</b> |
|            | Busspur Friedrichstraße, Neumarkierung zwischen Bahnhofstraße und Neugasse   |                   |
| <b>15.</b> | <b>12-V-66-0225</b>  | <b>DL 02/13-8</b> |

Stadtteilverkehrsplan Wiesbaden-Nordenstadt

**16. 12-V-66-0229**

**DL 01/13-7**

Öffentliche Straßenbeleuchtung - Austausch von Quecksilberdampfleuchten gegen energiesparende Leuchten

**17. 12-V-66-0231**

**DL 48/12-3 NÖ**

Verkauf von ivm-Gesellschaftsanteilen des Wetteraukreises an die ivm GmbH

Falls ein Ausschussmitglied an der Teilnahme verhindert sein sollte, wird um Weitergabe der Einladung gemäß § 62 HGO gebeten.

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt der Ausschuss nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

Kessler  
Vorsitzender